

28

84

Union in Deutschland

Bonn, den 20. September 1984

Abgasarme Autos schon
nächstes Jahr

Ein weiterer Sieg für den Umweltschutz

Der Kauf schadstoffarmer Autos wird ab 1. Juli 1985 mit rund 3000 Mark belohnt. Mit diesem Beschluß hat die Regierung Helmut Kohl am 19. September 1984 den Start für umweltfreundliches Autofahren freigegeben.

Seit 1975 ist die Entgiftung der Autoabgase mit Hilfe von Katalysatoren in den USA bereits vorgeschrieben. Die SPD-Regierung hat es versäumt, diese umweltfreundliche Technik auch in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen. Innerhalb eines Jahres ist es der Regierung Helmut Kohl gelungen, ein umfassendes Konzept zur Einführung bleifreien Benzins und zur Entgiftung der Autoabgase um 90 Prozent vorzulegen.

Dieses Konzept sieht wie folgt aus:

Ein Katalysatorauto, das ab 1. Juli 1985 gekauft wird und weniger als 1,4 Liter Hubraum hat, wird zehn Jahre lang von der Kfz-Steuer befreit. Mit zunehmender Wagengröße wird der Zeitraum der Steuerbefreiung kürzer und beträgt bei Wagen über 3,5 Liter Hubraum nur noch vier Jahre. (Fortsetzung auf Seite 2)

**In dieser Ausgabe
lesen Sie:**

■ PARTEI

Präsidium der CDU weist
Andreottis Äußerungen zurück
Seite 2

■ WIRTSCHAFT

Der Aufschwung geht weiter
Seite 3

■ BUNDESTAG

Heiner Geißler: Erfolgreiche
Gesundheits- und Familienpolitik
Seite 5

Norbert Blüm: Sozialpolitik
auf dem richtigen Kurs Seite 7

■ LEHRSTELLEN

70 000 neue Ausbildungsplätze
bestätigen die Politik
der Bundesregierung Seite 9

■ ANALYSE

Der Europawahlkampf der Union
im Urteil der Wähler Seite 11

■ ÖA

Flugblätter: Zur Sache Seite 14/15

■ DOKUMENTATION

Zwei Jahre Regierung Helmut
Kohl / Mehr Freiheit statt mehr
Staat grüner Teil

■ CDU-EXTRA

Die GRÜNEN — Eine Analyse
der öko-marxistischen
Radikalopposition gelber Teil

Andreottis Äußerungen zurückgewiesen

Das Präsidium der CDU weist die Äußerungen Andreottis zur Deutschen Frage nachdrücklich zurück. Andreotti hat nicht nur das Grundrecht des deutschen Volkes auf freie Selbstbestimmung in Frage gestellt, sondern durch den Hinweis auf einen angeblichen „Pan-Germanismus“ auch die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und der CDU diffamiert.

Die CDU bedauert, daß ein führender Vertreter einer befreundeten christlich-demokratischen Partei, der zudem noch Vorsitzender der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) ist, sich auf einer kommunistischen Veranstaltung zu einer Stellungnahme hat hinreißen lassen, die Beifall nur auf der falschen Seite gefunden hat, und mit der sich Andreotti im Gegensatz zu den gemeinsamen Beschlüssen im Bündnis, aber auch zu den programmatischen Aussagen der Christlich Demokratischen Parteien in Europa gestellt hat.

Nicht weniger schädlich für die deutschen Interessen ist die Tatsache, daß führende deutsche Sozialdemokraten die Äußerungen Andreottis begrüßt haben und sich damit in eine Front mit den sowjetischen Angriffen auf die Deutschlandpolitik der Bundesregierung begeben haben.

Danach spart ein Autofahrer, der Ende 1985 ein Katalysatorauto mit 1,4 Liter Hubraum kauft, 3020 Mark Steuern, wenn er das Auto zehn Jahre lang nutzt. Bei einem Auto mit 2,8 Liter Hubraum sinkt der Zeitraum der Begünstigung auf fünf Jahre, der Steuernachlaß ist jedoch genauso groß. Zum Ausgleich wird die Kfz-Steuer für Autos, die nicht die neuen Abgasvorschriften erfüllen, von derzeit 14,40 Mark auf 16,— Mark pro 100 Kubikzentimeter Hubraum angehoben. Für Autos, die nach dem Stichtag 1. Januar 1986 ohne Abgaskatalysator neu gekauft werden, steigt der Steuersatz auf 21,60 Mark.

Das System der steuerlichen Anreize soll für Pkw über 2 Liter Hubraum ab 1. Januar 1988 und für alle anderen Pkw zum 1. Januar 1989 abgelöst werden durch eine Regelung, die die Einhaltung der amerikanischen Schadstoffgrenzwerte verbindlich vorschreibt. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft werden die Voraussetzungen hierfür zu schaffen sein.

Die Mineralölsteuer wird ab 1. Juli 1985 bis zum 31. Dezember 1991 für unverbleites Benzin um zwei Pfennig je Liter gesenkt

und für andere Leichtöle um zwei Pfennig je Liter erhöht.

Zur Sicherstellung des Angebotes an umweltfreundlichen Autos und bleifreiem Benzin in der Übergangszeit erwartet die Bundesregierung, daß die betroffenen Wirtschaftszweige ihren Beitrag leisten. Die Automobilindustrie ist insbesondere aufgefordert,

- einen steigenden Anteil ihrer Modelle, insbesondere derjenigen mit erfahrungsgemäß hoher Nachfrage, in umweltfreundlicher Ausführung bereits 1985/86 anzubieten;

- die Produktion umweltfreundlicher Autos so zu erweitern, daß die Nachfrage ohne längere Lieferfristen befriedigt werden kann.

Die Mineralölwirtschaft soll ihrerseits zusage,

- ein flächendeckendes, am Bedarf orientiertes und hinreichend dichtes Netz von „Bleifrei-Tankstellen“ zu errichten;

- bleifreies Benzin im Hinblick auf den unterschiedlichen Mineralölsteuersatz möglichst preisgünstig anzubieten.

■ WIRTSCHAFT

Der Aufschwung geht weiter

Die Arbeitskämpfe haben den Aufschwung gebremst, aber die Wirtschaft hat rasch wieder Tritt gefaßt. Zu diesem Ergebnis kommt die Deutsche Bundesbank in ihrem jüngsten Bericht über die Wirtschaftslage der Bundesrepublik Deutschland im Sommer 1984.

Die Firmen unternehmen in Abstimmung mit den Belegschaften alle Anstrengungen, um die entstandenen Lieferrückstände rasch zu beseitigen. Dadurch und durch die gleichzeitige Verbesserung der Auftragslage hat sich die Stimmung in der Wirtschaft spürbar gebessert:

- Die Investitionsbereitschaft der Unternehmer ist wieder gestiegen. Im Juli wurden bei den Herstellern 17 Prozent mehr Inlandsbestellungen für Ausrüstungsgüter verbucht als im Vorjahr.

- Eine Welle neuer Auslandsaufträge erreichte im Juli die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (+11 Prozent gegenüber Mai/Juni und 24 Prozent gegenüber dem Vorjahr).

- Für den deutschen Export bestehen gute Chancen; die deutschen Erzeugnisse liegen gut im internationalen Wettbewerb. 18 Prozent mehr Aufträge erhielten die deutschen Exportfirmen seit Jahresbeginn. Die Preisstabilität hat maßgeblichen Anteil an diesem Erfolg.

- Für eine weiterhin positive Wirtschaftsentwicklung spricht die erreichte Preisstabilität. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhten sich von Juni bis August mit einer Jahresrate von 1½ Prozent, die Verbraucherpreise nahmen gleichzeitig nur um 1 Prozent zu. Die reale Kauf-

kraft der Verbrauchereinkommen blieb weitgehend erhalten. Sogar im Vergleich zum Vorjahr sank die Steigerungsrate der Verbraucherpreise im August auf 1,7 Prozent. Dieses Ergebnis gab es vor 15 Jahren zum letzten Mal.

- Der private Verbrauch wurde durch die arbeitskampfbedingten Einkommensausfälle nur geringfügig eingeschränkt, allerdings konnten die privaten Haushalte ihr Verbrauchsniveau nur halten, indem sie ihre Ersparnisbildung einschränkten. Die Sparquote sank auf 11,5 Prozent.

- Im gewerblichen und öffentlichen Bau ist eine ansteigende Tendenz festzustellen. Die Gemeinden haben nach dem Abbau der Haushaltsdefizite wieder Spielraum für eine Ausweitung ihrer Bauinvestitionen. Damit läßt sich der Rückgang im Wohnungsbau kompensieren.

Für den Arbeitsmarkt brachten die Arbeitskämpfe neue Belastungen mit sich. Viele Unternehmer zögerten wegen des ungewissen Ausgangs der Lohnrunde mit Neueinstellungen. Im Juli und August hat die Zahl der bei den Arbeitsämtern neu gemeldeten offenen Stellen wieder kräftig zugenommen. Das Vorjahresniveau wurde im August mit 88000 offenen Stellen um 12,5 Prozent übertroffen.

Diese Zahlen beweisen, der Aufschwung geht weiter. Eine pessimistische Einschätzung der Konjunkturperspektiven erscheint nach der gegenwärtigen Datenlage nicht gerechtfertigt. Allerdings macht dafür der Bundesbankbericht zur Voraussetzung, daß die Tarifparteien diese positive Entwicklung nicht erneut aufs Spiel setzen.

■ BAUWIRTSCHAFT

Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen

Das Wohnungsbausonderprogramm der Regierung Kohl vom Herbst 1982 führte zu einer deutlichen Belebung der Bauwirtschaft in einer äußerst kritischen Situation und war ein voller Erfolg. Es war jedoch klar, daß damit nur konjunkturbedingte Ausfälle kompensiert werden konnten. Bauwirtschaft und Politik stehen nun vor der Aufgabe, strukturbedingte Einflüsse aufzuarbeiten und daraus die Konsequenzen zu ziehen, erklärte der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy, vor dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes.

Die Nachkriegszeit im weitesten Sinne mit einem riesigen Wiederaufbau- und Nachholbedarf ist auch auf dem Bau vorbei. Die deutsche Bauwirtschaft hat sich in diesen Jahrzehnten in besonderem Maße um den Aufbau unseres Landes verdient gemacht. Nun gilt es, die künftigen Perspektiven seriös auszuloten und verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen. Weder Horrormeldungen über eine neue Baukrise noch stetige Hinweise auf den Erfolg des Sonderprogramms sind hilfreich.

Angesichts eines weitgehend ausgeglichenen Wohnungsmarktes dürfte die Bauleistung hier trotz der von der Bundesregierung vorgesehenen beträchtlichen Verbesserung der Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums in den nächsten Jahren 300 000 Wohnungen jährlich nicht übersteigen. Erwerbsfälle aus dem Be-

stand und der weite Bereich zwischen Selbsthilfe und Schwarzarbeit wirken sich zunehmend aus. Als Kompensation sollte die Bauleistung an bestehenden Gebäuden durch verstärkte staatliche Förderung erweitert werden.

Die Nachfrage im öffentlichen und Verkehrsraum wird wieder zunehmen. Die Finanzierungsverhältnisse der Gemeinden, die den größten Anteil am öffentlichen Bauvolumen haben, verbessern sich zunehmend im Gefolge von Konsolidierungsmaßnahmen.

Im Wirtschaftsbau ist wegen der Befristung der Investitionszulage zum 31. Dezember 1984 zwar kurzfristig mit einer Abschwächung der Nachfrage zu rechnen. Da sich die Wachstums- und Investitionsbedingungen aber erheblich verbessert haben, besteht generell nach der Investitionsschwäche Ende der 70er Jahre ein erheblicher Nachholbedarf an Bauleistungen für den Neubau, für Modernisierung und Instandsetzung.

Unter diesen Bedingungen dürfte das gesamte reale Bauvolumen langfristig mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 1 bis 2 Prozent zunehmen. Wegen des zunehmenden Süd-Nord-Gefälles auch im Bereich der Bauwirtschaft dürfte im Norden das reale Bauvolumen jedoch stagnieren, im Süden dagegen deutlicher zunehmen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt sich der Verantwortung gegenüber der Bauwirtschaft. Neue Programme führen aber zu keiner langfristigen Gesundung. Dagegen bringen ein Prozent mehr wirtschaftliches Wachstum oder ein Prozent niedrigere Zinsen als Ergebnis unserer Stabilitätspolitik langfristigen Bedarf. Wir fordern die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit der Bauwirtschaft, den Gewerkschaften sowie den Ländern und Gemeinden eine neue langfristige Bedarfsprognose aufzustellen, die als Grundlage unserer weiteren Entscheidung dienen kann.

■ BUNDESTAG

Heiner Geißler: Erfolgreiche Gesundheits- und Familienpolitik

Die Bundesregierung bagatellisiert nicht die Gefährdung, die durch die moderne Technik, durch die Wissenschaft und auch die moderne Chemie für die Menschen vorhanden sind. Aber verantwortliche Politik heißt auch, hier die Dinge vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen. D. h. die moderne Chemie und moderne Arzneimittel waren und sind nicht ein Fluch, sondern waren und sind in Wirklichkeit ein Segen für die Menschheit, stellte Bundesminister Heiner Geißler im Deutschen Bundestag fest.

Die Menschen leben heute länger als früher. Wir haben heute wirksame Medikamente, mit denen wir Seuchen, Epidemien, ansteckende Krankheiten, die Geißeln früherer Jahrhunderte, wirksam bekämpfen können.

Auch die Entdeckung der Ursachen des Krebses oder neuer Krankheiten wie AIDS kann nicht gegen die Wissenschaft, nicht gegen den technischen Fortschritt, sondern nur mit der Wissenschaft und der Technik im Dienste des Menschen erreicht werden.

Zur Lösung steht zunächst die Frage des Formaldehyd an. Unabhängig davon, ob das Formaldehyd demnächst als krebserzeugend angesehen wird oder nicht, befinden sich allein schon aus toxikologischen Überlegungen folgende Maßnahmen in Vorbereitung:

I. Maßnahmen in der Gefahrstoffverordnung, die bis Ende d. J. dem Bundesrat zugeleitet werden sollen

1. Verwendungsverbot für Harnstoff-Formaldehydharzartschäume in Innenräumen (Verwendung zur Isolierung, Vertrieb von Sprays im Hobbybereich)
2. Beschränkungen für Erzeugnisse, die in Innenräumen verwendet werden und zu einer Raumluftkonzentration von mehr als 0,1 ppm Formaldehyd führen können (Spanplatten zum Innenausbau, Möbel, Teppiche, Vorhänge und Tapeten: bisheriger BGA-Richtwert zukünftig als gesetzliche Vorschrift)
3. Kennzeichnung und Gebrauchsanweisung für Erzeugnisse und Bedarfsgegenstände, mit denen Menschen in Berührung kommen (Schutz der Allergiker)

II. Maßnahmen bei Arzneimitteln und medizinischen Geräten

1. Konzentrationsbeschränkungen, Kennzeichnung, Gebrauchsanleitung (Schutz der Allergiker)
2. Überprüfung der Praxis in Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen (Prüfung des Umgangs mit Formaldehyd bei der Reinigung von Räumen und der Desinfektion medizinischer Geräte)
3. Verhandlungen mit den Herstellern von medizinischen Geräten zu Konstruktionsänderungen und Materialänderungen mit dem Ziel der Verminderung des Formaldehydeinsatzes (z. B. Konstruktion der Inkubatoren für Frühgeborene)

III. Die Abgaswerte für Verbrennungsmotoren (Anteil des Formaldehyd) sind in Abstimmung mit den vom Bundesgesundheitsamt empfohlenen Werten festzulegen

IV. Im Bereich des Arbeitsschutzes sind Regelungen zu treffen, daß Arbeitnehmer bei Arbeiten in chemischen Anlagen sowie bei Arbeiten in Bereichen, in denen höhere Formaldehydkonzentrationen möglich sind, in geeigneter Weise geschützt sind (für Gefahrstoffverordnung vorgesehen)

Dadurch werden bereits bestehende Regelungen ergänzt und verschärft.

Zur Familienpolitik erklärte Heiner Geißler:

Herr Apel hat in der Debatte gesagt: „Dem Staat darf das Kind des Millionärs nicht 2½-mal soviel wert sein wie das Kind des Durchschnittsverdieners.“ Da habe ich mich an ein Wort von Georg Christoph Lichtenberg erinnert: „Die gefährlichsten Unwahrheiten sind Wahrheiten mäßig entstellt.“

Das genau hat Herr Apel gemacht. Er hat nämlich einfach weggelassen, daß der Familienlastenausgleich aus Kindergeld und Kinderfreibeträgen besteht und für die Familien ist alleine interessant, was unter dem Strich für sie herauskommt, was also Kinderfreibetrag und Kindergeld zusammen in Mark und Pfennig im Portemonnaie des einzelnen bedeuten. Und da kann gar keine Rede davon sein, daß ein Millionär das 2½fache sagen wir eines Arbeitslosen erhält. Für den Arbeitslosen mit 3 Kindern werden z. B. im Monat 505 DM Kindergeld einschließlich des Kindergeldzuschlages gezahlt, der Spitzenverdiener mit 280 000 DM Einkommen im Monat erhält aber nur 260 DM Kindergeld.

Zusammen mit der Steuerermäßigung durch den Kinderfreibetrag in Höhe von

348 DM ergibt das unter dem Strich 608 DM. Ich warte immer noch darauf, daß mir einmal einer einen Fall zeigt, in dem ein Spitzenverdiener bei unserer Regelung 2½-mal so gut wegkommt wie ein Arbeitsloser oder Facharbeiter mit niedrigem Einkommen.

Wie sah denn die Familienpolitik der Sozialdemokraten aus, die immer wieder der Wahrheit zuwider den Eindruck erwecken wollen, als würde unsere Familienlastenausgleichsregelung durch die Einführung von Steuerfreibeträgen zu sozial unausgewogenen Ergebnissen führen? Nicht die Sozialdemokraten haben Einkommensgrenzen beim Kindergeld eingeführt. Sie haben das Kindergeld pauschal für den Arbeitslosen genauso wie für den Spitzenverdiener mit der Heckenschere gekürzt. Jahrelang hat es keine Erhöhung des Kindergeldes gegeben. Alleine durch diese Einkommensgrenze und durch den Kindergeldzuschlag, den jeder erhält, der vom Kinderfreibetrag nicht in vollem Umfang profitiert, ist unsere Familienlastenausgleichsregelung sozial ausgewogen.

Es war ein Fehler der Kindergeldreform von 1975, damals die Kinderfreibeträge im Steuerrecht total abzuschaffen. Ich habe damals im Bundesrat gesagt, daß wir dem nur zustimmen könnten, wenn gleichzeitig das Kindergeld dynamisiert wird, d. h. an den Anstieg der Lebenshaltungskosten angepaßt wird.

Wir machen eine familienfreundliche Politik

Die Bundesregierung hat am 3. Juli 1984 mit dem Familienpaket die Verbesserung mit dem größten Finanzvolumen für die Familien seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland beschlossen:

— Wir werden schon ab 1. Januar 1985 das Kindergeld für 18- bis 21jährige, die keinen Arbeits- und Ausbildungsplatz haben, wieder einführen. Für viele der jun-

NORBERT BLÜM:

Sozialpolitik auf dem richtigen Kurs

1982, im letzten Jahr der SPD-geführten Regierung, betrug die Inflationsrate 5,3 Prozent. Die Lohnerhöhungen lagen bei 4,2 Prozent. Die Lohnsteigerungen des Jahres 1984 werden sich im Durchschnitt um 3,3 bis 3,5 Prozent bewegen. Die Inflationsrate beträgt gegenwärtig 1,7 Prozent.

1984 beträgt die Rentensteigerung im Durchschnitt 2,8 Prozent. Die Inflationsrate beträgt 1,7 Prozent.

1981 betrug die Rentensteigerung 4,0 Prozent, die Preissteigerung 5,9 Prozent.

Die Frage läßt sich leicht beantworten, wer sind die Verlierer der Inflation und wer gewinnt bei Preisstabilität? Die Verlierer der Inflation waren immer die kleinen Leute, und die Gewinner der Preisstabilität sind die Arbeitnehmer und die Rentner.

(Fortsetzung von Seite 6)

gen Menschen und ihre Eltern wird damit eine Benachteiligung beseitigt, die ihnen sozialdemokratische Familienpolitik zugefügt hat.

— Wir werden ab 1. Januar 1986 ein Erziehungsgeld in Höhe von 600 DM pro Monat zunächst für 10 Monate und dann ab 1988 für 1 Jahr für alle Mütter oder Väter einführen. Vom Mutterschaftsurlaubsgeld waren alle Nichterwerbstätigen ausgeschlossen, die selbständig tätigen Frauen, auch die Arbeiterin, die vor 1½ Jahren ein Kind bekommen hatte und deshalb bis zur Geburt des zweiten Kindes zu Hause geblieben war. Dieses 2-Klassen-Recht schaffen wir ab

Das erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm im Deutschen Bundestag.

1982, im letzten Regierungsjahr der SPD lag die Lohnentwicklung um 5 Mrd. DM hinter der Inflation. 1984 liegt sie mit 4 Mrd. DM darüber. Das sind 4 Mrd. DM mehr Kaufkraft. Bei der SPD weniger und bei uns mehr Kaufkraft. Das ist der Unterschied, und der Abstand beträgt 9 Mrd. DM.

Wir haben die Renten gesichert

Wenn seit unserem Regierungsantritt die Preissteigerung um rund 3 Prozent zurückgegangen ist, ist das so gut wie eine 3%ige Netto-Rentenerhöhung. Rentner und Pensionäre gewinnen dadurch 7 Mrd. DM Kaufkraft. Das ist unsere soziale Politik.

Die SPD dagegen hat eine Politik auf Pump betrieben. Die Gewinner dieser Schuldenpolitik sind aber die Besserverdienenden. 32,7 Mrd. DM müssen wir allein 1984 für die Bundesschulden ausgeben. Die Zinsen, die wir zahlen müssen, finanzieren die Steuerzahler. Die Zinsen

— Der Kinderfreibetrag wird auf 2484 DM erhöht.

— Als völlig neue Leistung innerhalb des Familienlastenausgleichs führen wir einen Kindergeldzuschlag bis zur Höhe von 45 DM für alle Familien ein und zwar zusätzlich zum Kindergeld, die vom Steuerfreibetrag nicht oder nicht in voller Höhe profitieren. Das bedeutet für das erste Kind fast eine Verdoppelung von jetzt 50 auf künftig 95 DM und auch jedem weiteren Kind kommen diese mindestens 45 DM mehr zugute.

— Das Bau-Kindergeld werden wir verbessern.

Dies bedeutet zusammen über 8 Milliarden DM zusätzlich jährlich für die Familien.

dagegen erhalten die, die dem Staat Geld leihen konnten.

Hätten wir nicht die Folgekosten der SPD-Regierung zu tragen, könnten wir die Leistungen der Rentner um 20 Prozent aufstocken. Die durchschnittliche Arbeiterrente läge dann um 278,00 DM höher als heute. Wir könnten jeder Mutter 4 Jahre lang ein Mutterschaftsgeld von 1000,— DM monatlich bezahlen.

Als wir 1982 die Regierung übernahmen, hatte die Bundesanstalt für Arbeit ein Defizit von 13 Mrd. DM. Das ist so viel, wie die ganze Kriegsopferversorgung. Im September 1984, zwei Jahre danach, streiten wir uns über die Verwendung eines möglichen Überschusses bei der Bundesanstalt für Arbeit. Das ist das Kontrastprogramm. Die SPD hat bestellt und nicht bezahlt, und wir müssen bezahlen, obwohl wir es gar nicht bestellt haben.

Das Zinsniveau liegt um 3,7 Prozent niedriger als vor 2 Jahren. Das schafft Nachschub für Investitionen in Höhe von rund 30 Mrd. DM, denn die Wirtschaft wurde um diesen Betrag über geringere Kreditfinanzierungskosten entlastet. 30 Mrd. DM, das ist mehr, als die sozialdemokratische Ergänzungsabgabe an Investitionsmitteln schaffen könnte.

Der Unterschied zwischen SPD und uns liegt darin, daß sie lauthals verkündet, was sie selbst nicht zustande gebracht hat, und wir stillschweigend tun, was wir gar nicht versprochen hatten.

Der Nachteil für uns besteht darin, daß zu wenig Leute merken, was wir leisten. Der Vorteil für die SPD: Bei ihr wird das Reden als Handeln gutgeschrieben. Während wir handeln und weniger große Worte machen.

Die SPD entfernt sich von den Arbeitnehmern; lautlos, aber schnell. Wie schnell, zeigt der Vorgang, daß ein so verdienst-

voller Gewerkschafter wie Adolf Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau, mit seinem Eintreten für die Arbeitnehmer in Buschhaus im „Vorwärts“ vom 8. September 1984 übel diffamiert wird. Adolf Schmidt hatte in der Debatte des Deutschen Bundestages gesagt: „Die Kollegen in Buschhaus erhalten Arbeit, die sinnvoll ist, die erfüllt und am Ende auch glücklich macht.“ Dazu darf ich den Kommentar des „Vorwärts“ zitieren:

„Mit einer solchen Argumentation kann man auch für die Todesstrafe eintreten, weil man dem Scharfrichter die Freude an der Arbeit nicht nehmen will.“

Selten hat sich die elitäre Ignoranz neuer sozial-demokratischer Politik als arbeiterfremder entlarvt. Die SPD dreht und wendet sich unentwegt, und ich fürchte, sie weiß selbst nicht nach welcher Melodie sie tanzt.

Man kann nicht den Arbeitern die Treue versprechen und den GRÜNEN die Ehe anbieten. Ich halte die grüne Bewegung für eine spätbürgerliche Erscheinung, in der die deutsche Romantik eine späte Verbindung mit Reformhaus und Agitprop eingegangen ist. Es könnte sein, daß das, was die bürgerlichen Vorfahren dieser Grünen im 19. Jahrhundert nicht geschafft haben, nämlich die Arbeiterbewegung niederzukämpfen, daß von ihren Enkeln einhundert Jahre später geschickter, diesmal mit Kon-Fusion versucht wird. Das ist die späte Rache des 19. Jahrhunderts an der Arbeiterbewegung.

Vielleicht lassen sich die neuen politischen Frontstellungen nicht mehr in das alte Rechts-Links-Schema unterbringen. Ich sehe eine neumodische Realitätsverweigerung und eine romantische Attacke auf die Wirklichkeit.

Politik bleibt ein anstrengendes Geschäft, sie vollzieht sich auf der Erde der Realitäten und nicht im Himmel der Ideologien.

LEHRSTELLEN

70 000 neue Ausbildungsplätze bestätigen Politik der Bundesregierung

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Dorothee Wilms, erklärte in der Haushaltsdebatte 1985 im Deutschen Bundestag zur aktuellen Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt u. a.:

Insgesamt erwarten wir in diesem Jahr ein Angebot von 715 000 bis 720 000 betrieblichen Ausbildungsplätzen. Ich meine, daß diese Zahlen eindrucksvoll die Richtigkeit der Politik der Bundesregierung bestätigen; denn dieser Erfolg — 70 000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze — wurde durch eine eindrucksvolle Entfaltung des gesellschaftlichen Engagements der Wirtschaft ermöglicht.

Die Bundesregierung hat durch die Zuverlässigkeit und Stetigkeit ihrer Bildungspolitik klare Ausgangspositionen und eindeutige Rahmenbedingungen für die duale Ausbildung gesetzt und damit auch in der Wirtschaft selbst die Voraussetzungen für die Steigerung des Ausbildungsplatzangebots geschaffen. Mißtrauen in der Wirtschaft wurde abgebaut und Ausbildungshemmnisse wurden beseitigt, ohne daß die Interessen der Jugendlichen vernachlässigt wurden.

Die Attraktivität der betrieblichen Ausbildung nimmt bei den jungen Menschen ohne Zweifel zu. Wir haben in diesem Jahr mit einem erneuten Anstieg der Nachfrage zu rechnen. Wir sehen, daß diese Nachfrage nicht mehr nur demographisch zu erklären ist. Hinter dieser gestiegenen Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen stehen auch begrüßenswer-

te Änderungen im Bildungsverhalten. Eine zunehmende Zahl von Abiturienten strebt heute eine betriebliche Ausbildung an, weil sie als Akademiker für sich keine Berufschancen mehr sehen. Das muß man auch als eine nüchterne Tatsache festhalten. Auch immer mehr Mädchen sehen Berufschancen in der betrieblichen Ausbildung.

Aber auch eins muß erwähnt werden: Hinter dieser Nachfragesteigerung verbergen sich auch Arbeitsmarktprobleme. Jugendliche, die jetzt keinen Arbeitsplatz finden, wollen sich zusätzlich qualifizieren — also Bildung statt Arbeit. Alle diese Entwicklungen verstärken das aktuelle Lehrstellenproblem vor allem in Gebieten mit schwacher Wirtschaftsstruktur wie etwa in Nordrhein-Westfalen. In Süddeutschland gibt es kaum Lehrstellenprobleme. Auch das muß einmal festgehalten werden. Die Lehrstellenproblematik zeigt nämlich die enge Verzahnung von erfolgreicher Wirtschaftspolitik, realistischer Bildungspolitik und von Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmarktsituation.

Bundeswehr erhöht Ausbildungsplatzangebot um mehr als 25 %

Die Bundeswehr stellt in diesem Jahr 5 900 Ausbildungsplätze für Jugendliche zur Verfügung. Dies ist gegenüber 1983 eine weitere bemerkenswerte Steigerung um rund 1 300 Plätze, insgesamt wird das bisherige Angebot um mehr als 25 % erhöht.

■ FAMILIENPOLITIK

Ab 1985 wieder Kindergeld für junge Menschen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz

Auf Vorschlag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler, hat die Bundesregierung den Entwurf einer Kindergeldnovelle verabschiedet. Das geltende Kindergeldrecht benachteiligt seit dem 1. Januar 1982 die jungen Menschen, die arbeitslos sind oder keinen Ausbildungsplatz haben, und deren Eltern. Seitdem wird für sie, wenn sie volljährig sind, in aller Regel kein Kindergeld gezahlt.

Während beispielsweise der gleichaltrige Student Leistungen nach dem BAFÖG bekommt und die preisgünstige studentische Krankenversicherung in Anspruch nehmen kann, seine Eltern neben dem Kindergeld noch die steuerlichen Freibeträge nutzen können, gibt es für den jungen Ausbildungswilligen weder Krankenversicherungsschutz noch Kindergeld.

Der oder die Auszubildende erhält eine Ausbildungsvergütung und möglicherweise darüber hinaus noch eine Ausbildungsbeihilfe nach dem Arbeitsförderungsge-
setz. Und die Eltern erhalten im allgemeinen noch daneben das Kindergeld und können die steuerlichen Ausbildungsfreibeträge ebenfalls in Anspruch nehmen.

Die jungen Menschen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten keinerlei finanzielle Unterstützung durch den Staat. Ihre

Eltern bekommen auch kein Kindergeld. Diese unzumutbare Härte soll mit Wirkung vom 1. Januar nächsten Jahres beseitigt werden. Für viele junge Menschen im Alter zwischen 18 und 21, die arbeitslos sind oder keinen Ausbildungsplatz haben, wird dann wieder Kindergeld gezahlt. Für junge Männer, die Grundwehr- oder Zivildienst geleistet haben, soll die Altersgrenze „21“ um die Zeit des geleisteten Dienstes erhöht werden. Die neue Regelung wird den Bundeshaushalt mit annähernd 100 Mio. DM jährlich belasten.

Damit wird eine Benachteiligung wieder beseitigt, die sozialdemokratische Familienpolitik gerade solchen jungen Menschen und ihren Eltern zugemutet hat, die sich bereits in einer besonders schwierigen Situation befinden.

Landesregierung: Beschwerde gegen Buschhaus-Urteil

Gegen das Verbot, das umstrittene Braunkohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt in Betrieb gehen zu lassen, hat die niedersächsische Landesregierung beim Obergericht in Lüneburg Beschwerde eingelegt. Die Regierung teilte mit, sie sei davon überzeugt, daß die Beschlüsse des Verwaltungsgerichts Braunschweig ausgeräumt würden und Buschhaus bald die Elektrizitätserzeugung aufnehmen könne. Das Braunschweiger Gericht hatte die Betriebsgenehmigung der Landesregierung für unwirksam erklärt.

Henke ist neuer OB von Ludwigsburg

Der nächste Oberbürgermeister von Ludwigsburg heißt Hans Jochen Henke (CDU). Der klare Sieg des 39jährigen Stuttgarter Ministerialdirigenten war die einzige Überraschung der vier Bürgermeisterwahlen in der Region Mittlerer Neckar. Henke erhielt 65,4 Prozent der Stimmen.

■ ANALYSE

Der Europawahlkampf der Union im Urteil der Wähler

Welche Resonanz hat die zweite Europawahl bei den Wählern gefunden? Wie wurde der Wahlkampf der Parteien beurteilt? Eine Reihe demokratischer Indikatoren (Quelle: Infas-Report zur Europawahl 1984) gibt Antworten auf diese Fragen.

1. Keine „Denkzettel“-Wahl

Die SPD ist angetreten, die Europawahl zu einem „Denkzettel“ für die Regierung Helmut Kohl werden zu lassen. Dieser Versuch ist kläglich gescheitert, denn die SPD hat selbst bei der Europawahl am meisten Federn lassen müssen. Die „Denkzettel-Strategie“ konnte nicht aufgehen, denn sie unterschätzte nach Infas, wie wenig die Wähler vergessen hatten, daß die SPD bis vor kurzem Regierungsverantwortung getragen hatte. Das ließen schon Umfragen vor der Wahl erkennen. So meinten nur 30% der Befragten, daß das Europawahlergebnis ein „Denkzettel“ für die Bundesregierung würde. Selbst die SPD-Anhänger waren von der Strategie ihrer Partei nicht sehr überzeugt: nur 49% sagten, daß es zu einem „Denkzettel“ kommen würde.

2. Interesse an der Europawahl

Das **Interesse an der Europawahl** war nicht sehr groß. Nur 14% der Bürger haben sich „sehr“ für die Wahlwerbungen der politischen Parteien für Europa interessiert; 53% antworteten „etwas“, 33% „gar nicht“. Gleichwohl kann man das Er-

gebnis als durchaus normal bewerten. Denn selbst bei der Bundestagswahl 1983 war das Interesse — trotz der damaligen dramatischen Zuspitzung des politischen Klimas — nicht wesentlich stärker. Die damaligen Zahlen lagen bei 18% für „sehr“, 56% für „etwas“ und 24% für „gar nicht“. Bemerkenswert ist, wie sehr sich die Anhänger der Grünen für die Europawahl interessiert haben. Trotz ihrer Vorbehalte gegenüber der Europäischen Einigungsbewegung haben die Grünen nicht darauf verzichtet, ihre Sympathisanten auch für diesen Wahlkampf zu mobilisieren. 24% der Grün-Wähler äußerten vor dem Wahlsonntag starkes Interesse am Wahlkampf; bei der FDP waren es 18%, bei der Union und bei der SPD 15%.

3. Bereitschaft zur Wahlkampfhilfe

Wie schon bei der Bundestagswahl 1983 haben auch bei der Europawahl 1984 5 Prozent der Bürger der Partei ihrer Wahl aktiv Hilfe geleistet; rund jeder zehnte hatte **Wahlkampfhilfe** erwogen.

Die Aufgliederung nach Partei-Anhängern bringt interessante Befunde: CDU/CSU und SPD konnten bei der Europawahl ähnlich viele aktive Helfer mobilisieren wie bei der Bundestagswahl; die FDP mußte für die Europawahl auf jeden dritten Helfer verzichten. Für die Grünen stand bei der Europawahl fast jeder fünfte Anhänger (18%) als Aktivist zur Verfügung. Das ist deutlich mehr als schon bei der Bundestagswahl (8%).

Bereitschaft zur Wahlkampfhilfe

	BTW '83	EW '84
Befragte insg.	5%	5%
CDU/CSU-Anhänger	5%	4%
SPD-Anhänger	7%	5%
FDP-Anhänger	12%	8%
Grünen-Anhänger	8%	18%

4. Wichtige Werbemittel

Das **Fernsehen** ist nach Ansicht der Bürger das **wichtigste Werbemittel** im Wahlkampf und für die Wahlentscheidung. Alle anderen Werbemittel werden deutlich auf die Plätze verwiesen.

Anhänger ...

	alle %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grüne %
Fernsehen	47	53	44	31	39
Informationsstände	5	4	6	6	13
Rundfunksendungen	4	3	3	8	8
Versammlungen	4	3	5	0	13
Anzeigen	2	3	2	3	0
Wahlillustrierte	2	2	4	7	1
Plakate	2	2	2	6	2

Im Unterschied zu den anderen Parteien haben bei den Grünen auch Informationsstände und Versammlungen eine größere Rolle bei der Wahrnehmung von Werbebotschaften gespielt.

5. Wahlaktivitäten vor Ort

Um herauszufinden, welche Partei sich vor Ort durch besonderen persönlichen Einsatz ihrer Mitglieder auszeichnete, hat In-fas in den letzten Wochen vor dem 17. Juni gefragt, welche Partei „hier in der Gegend, wo Sie wohnen“ am meisten tut, um Wähler für sich zu gewinnen. Das Ergebnis: die **örtlichen Aktivitäten** der CDU/CSU im Wahlkampf werden von den Wählern wesentlich höher eingeschätzt als die der SPD. Bei der Europawahl trennten CDU/CSU und SPD 14 Prozentpunkte, bei der Bundestagswahl 1983 betrug der Vorsprung der Union nur 9 Punkte.

Die intensivste Werbung vor Ort betreiben nach Auffassung der Bürger

CDU/CSU	32 %
SPD	18 %
FDP	2 %
Grüne	1 %.

6. Wahlkampfargumente

Auch wenn man den Bürger fragt, welche Partei die **besten Argumente** vorgebracht habe, **liegt die CDU/CSU klar vor der SPD**. 24 Prozent der Befragten sagen, daß die Union auch inhaltlich den besten Wahlkampf geführt habe. Von der SPD behaupten dies nur 17 Prozent; knapp jeder vierte Wahlberechtigte meint, in der Argumentation der Parteien gebe es keine qualitativen Unterschiede.

Besonders beachtenswert ist, daß die Wähler mit Abitur und/oder Studium den inhaltlichen Wahlkampf der Union besonders positiv beurteilen. Mit 35 Prozent für die CDU/CSU und 15 Prozent für die SPD fällt der Vorsprung der Union hier sehr deutlich aus.

7. Wahlkampfwerbung

Bei der Frage nach der **besten Wahlkampfwerbung** gibt ein Fünftel der Bürger (21 Prozent) an, keine Unterschiede zwischen den Parteien feststellen zu können. Mehr noch — nämlich 24 Prozent, also rund jede. Vierte — geben der CDU/CSU

die besten Noten. Etwa jeder Sechste (17 Prozent) meint, daß die SPD die beste Wahlwerbung gemacht habe.

Beste Wahlkampfwerbung macht nach Meinung aller Befragten:

CDU/CSU	24 %
SPD	17 %
FDP	3 %
Grüne	4 %
alle gleich/keine	21 %

8. Union machte besten Wahlkampf

Die Einschätzung der intensivsten Werbung, der besten Argumente und der besten Wahlwerbung zeigt klar: die Wahlkampfführung der Union war auch bei der Europawahl der Wahlkampfführung der SPD überlegen.

Aus dem Vergleich der Wahlkämpfe zur Bundestagswahl 1983 und zur Europawahl 1984 mit ihren unterschiedlichen Ergebnissen zieht Infas den Schluß, daß ein Wahlkampf „nicht in erster Linie von den Werbemitteln, sondern vielmehr von der Dramatik und Dynamik, die kontroversen Themen innewohnt“, bestimmt wird.

Bundesausschuß tagt am 1. Oktober in Berlin

Der Bundesausschuß der CDU, das höchste Gremium zwischen den Parteitag, tagt am Montag, dem 1. Oktober 1984, ab 11.30 Uhr im Berliner Hotel Inter Continental, Budapester Straße 2. Auf der Tagesordnung steht nach der Begrüßung durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, ein Bericht zur politischen Lage, „Leistungsbilanz nach zwei Jahren Bundesregierung“, den der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, erstattet. Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, wird über „Die CDU als Regierungspartei — Leistungen und Aufgaben“ sprechen. Der stellvertretende

Parteivorsitzende der CDU, Bundesminister Norbert Blüm, wird einen Bericht über die Sozialpolitik der Bundesregierung abgeben.

Länderfinanzen: Konsolidierung schreitet voran

Die Gesundung der Länderhaushalte wird nach Angaben des Bundesfinanzministeriums noch weiter voranschreiten als bei Aufstellung der Etatpläne angenommen. Nach einem deutlichen Zuwachs der Ländereinnahmen von 5,9 Prozent auf 99,7 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1984 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum sowie der Ausgaben von 1,7 Prozent auf 107,8 Mrd. DM konnte das Finanzierungsdefizit der elf Bundesländer zusammengenommen um 3,7 Mrd. DM auf 8,5 Mrd. gesenkt werden. Das Bonner Ministerium geht davon aus, daß dieses Defizit im gesamten Jahr 1984 unter den veranschlagten 22,1 Mrd. und noch unter dem Defizit des Vorjahres (21,1 Mrd. DM) bleiben wird.

Bonner Billigkredit für Umweltschutz

Mit verbilligten Krediten im Gesamtumfang von 3,5 Milliarden Mark will Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) kleine und mittlere Unternehmen zu weiteren Umweltschutzinvestitionen ermutigen. Zimmermann teilte mit, die Kreditanstalt für Wiederaufbau habe auf seinen Wunsch ein entsprechendes Programm mit fünfjähriger Laufzeit eingerichtet, das ähnlich wie Umweltschutzkredite aus dem ERP-Sondervermögen mit einem Zinsfuß von 6,75 Prozent bei einer Auszahlungsquote von 95 Prozent ausgestattet werden soll. Die Laufzeit sei an den Terminen der Großfeuerungsanlagenverordnung orientiert, wonach Kohlekraftwerke bis Ende dieses Jahrzehnts entschwefelt oder stillgelegt werden müssen.

Zur Sache:

Die Politik der Regierung Helmut Kohl zahlt sich für die Bürger aus

Bereits nach zwei Jahren Regierung Helmut Kohl ist die Bilanz für die Bürger positiv:

- **Die Wirtschaft wächst wieder.** Jahrelang ging es mit der Wirtschaft bergab. Jetzt wächst sie wieder: 1984 um 2,5 Prozent. Die Exporte nehmen zu: um über 7 Prozent. Das sichert Arbeitsplätze, denn jeder dritte Arbeitsplatz hängt vom Export ab.
- **Die Preise sind wieder stabil.** Der Preisanstieg wurde drastisch gedrückt: auf 1,7 Prozent! Die SPD hatte uns eine Inflation von 5,3 Prozent hinterlassen. Arbeitnehmer und Rentner merken es: Lohn- und Rentenerhöhungen werden nicht mehr von der Geldentwertung aufgeessen. Alle können für ihr Geld wieder mehr kaufen.
- **Die Neuverschuldung sinkt.** In nur zwei Jahren haben wir das Defizit im Bundeshaushalt von 55 Milliarden Mark auf unter 30 Milliarden Mark 1984 gedrückt. Wir haben Schluß gemacht mit der SPD-Schuldenpolitik auf dem Rücken der Steuerzahler.
- **Kredite sind billiger.** Solide Haushaltspolitik nützt allen Bürgern: Die Zinsen konnten gesenkt werden. Den Gewinn hat jeder, der einen Kredit braucht, z. B. zum Hausbau oder Autokauf.
- **Die Steuern werden gesenkt:** 20 Milliarden Mark Entlastung bringt unsere Steuerreform den Steuerzahlern. Leistung lohnt sich wieder.
- **Die Familien erhalten mehr Hilfe.** Sie erhalten ab 1986 über 8 Milliarden Mark mehr. Erziehungsgeld, höhere Steuerfreibeträge und Kindergeldzuschläge stärken vor allem Familien mit Kindern.
- **Wir kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit.** Immer noch gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit. Aber erste Erfolge machen Hoffnung: Die Arbeitslosenzahl ist um über 300 000 zurückgegangen. Wir haben 24 Prozent weniger jugendliche Arbeitslose als noch vor einem Jahr. Die offenen Stellen haben um über 100 000 zugenommen und die Zahl der Kurzarbeiter ging um rund 1 Million zurück. Rund 10 Milliarden Mark setzt die Regierung Helmut Kohl ein für mehr Arbeit und Ausbildung.

Die Regierung Helmut Kohl hat die Wirtschaft wieder in Schwung gebracht und die Finanzen geordnet.
Diese Politik zahlt sich für alle Bürger aus.

CDU
**/// sicher
sozial
und frei**

Zur Sache:

Ein großer Sieg für den Umweltschutz:

Jetzt kommt das abgasarme Auto

Der Kauf schadstoffarmer Autos wird ab 1. Juli 1985 mit rund 3.000 Mark belohnt. Mit diesem Beschluß hat die Regierung Helmut Kohl am 19. September 1984 den Start für umweltfreundliches Autofahren freigegeben. Spätestens ab 1. Januar 1989 müssen alle neuen Autos abgasentgiftet sein.

Seit 1975 ist die Entgiftung der Auto-Abgase mit Hilfe von Katalysatoren in den USA vorgeschrieben. Die SPD-Regierung hat diese umweltfreundliche Technik verschlafen. **Die Regierung Helmut Kohl dagegen setzt ihren Plan zur Einführung bleifreien Benzins und des umweltfreundlichen Autos – auch gegen starke Widerstände – durch. Das heißt 90 Prozent weniger Schadstoffe in den Auto-Abgasen.**

Dieser Plan sieht so aus:

Ein Katalysator-Auto, das ab 1. Juli 1985 gekauft wird und weniger als 1,4 Liter Hubraum hat, wird zehn Jahre lang von der Kfz-Steuer befreit. Mit zunehmender Wagengröße wird der Zeitraum der Steuerbefreiung kürzer. Bei Wagen über 3,5 Liter Hubraum beträgt er nur noch vier Jahre.

So spart ein Autofahrer, der Ende 1985 ein Katalysator-Auto mit 1,4 Liter Hubraum kauft, 3.020 Mark Steuern, wenn er das Auto zehn Jahre lang nutzt. Bei einem Auto mit 2,8 Liter Hubraum sinkt der Zeitraum der Steuerbefreiung auf fünf Jahre, der Steuernachlaß ist jedoch genauso groß.

Die Mineralölsteuer wird ab 1. Juli 1985 bis zum 31. Dezember 1991 für unverbleites Benzin um zwei Pfennige je Liter gesenkt und für andere Kraftstoffe um zwei Pfennige je Liter erhöht.

Jetzt erwartet die Bundesregierung, daß die Automobilindustrie bereits 1985/86 einen steigenden Anteil ihrer Modelle in umweltfreundlicher Ausführung anbietet, die Nachfrage ohne längere Lieferfristen befriedigt werden kann.

Die Mineralölwirtschaft ist aufgefordert, ein hinreichend dichtes Netz von „Bleifrei-Tankstellen“ zu errichten und bleifreies Benzin möglichst preisgünstig anzubieten.

Die Bundesregierung wird ihre europäischen Nachbarn drängen, diesem Beispiel zu folgen. Was in Amerika geht, muß auch in Europa möglich sein.

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Der Sieger Stoltenberg

Nach einigen Pannen in der Sommerpause hat die Regierungskoalition von Christlichen und Freien Demokraten jetzt wieder Tritt gefaßt. Nicht nur im Bereich der Deutschlandpolitik oder der Umweltpolitik, sondern auch bei deren Kernthemen der Wirtschafts- und Finanzpolitik zeigte die Aussprache im Bundestag über weite Strecken fast verkehrte Fronten: Bundeskanzler Kohl und seine Mannen befanden sich munter in der Offensive, während die Attacken der Opposition gelegentlich wie Verteidigungsmanöver wirkten.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg fühlte sich so fest im Sattel, daß er seine roten und grünen Gegner nicht nur sachlich kritisierte, sondern sie in seinem Schlußwort auch ganz gehörig auf den Arm nahm. Ein ungewohnter Vorgang.

Und wenn der SPD-Abgeordnete Helmut Wiczorek behauptete, im Kabinett Kohl bestimme der Finanzminister die Richtlinien der Politik, so entspricht das zwar nicht der Wahrheit, zeigt aber doch, wieviel Ärger und Neid ein erfolgreicher Politiker auf sich ziehen kann.

Stoltenberg ist zweifellos der Sieger der Haushaltsschlacht. Aber zu Selbstzufriedenheit besteht für ihn kein Anlaß. Denn mit der Arbeitslosigkeit konnte auch er bisher nicht fertig werden. Immerhin ist schon einiges mit Perspektiven gewonnen, die für die nähere Zukunft wenigstens einen Rückgang der Arbeitslosigkeit erhoffen lassen. Dafür sprechen die Fortschritte bei der Sanierung der Staatsfinanzen ebenso wie der Rückfall der trabenden Inflation in ein Schrittempo, das man getrost als Preisstabilität bezeichnen darf.

Beide Symptome deuten — gepaart mit zunehmenden Privatinvestitionen — auf ein anhaltendes Wirtschaftswachstum hin, mit dem allein auch die Lage am Arbeitsmarkt sich bessern kann.

Kölnische Rundschau, 15. September 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId